



Jetzt oder nie: Demokratie

☒ Während im Iran bis zu einer Million Demonstranten ihr Leben riskieren, um Freiheit zu fordern und Präsident Obama sinniert, wie er sich verhalten kann, um sich nicht bei den islamischen Menschenhändlern unbeliebt zu machen, zeigten einige tausend Iraner in Köln ihre Solidarität für den Volksaufstand in der Heimat. Mit Parolen wie „Die Diktatur muss weg“ oder „Jetzt oder nie: Demokratie“ machten sie deutlich, dass es im Iran nicht mehr darum geht, ob die eine oder die andere Marionette des Mullahregimes den Präsidenten macht.

☒ Der Wahlbetrug Ahmadinedschads war der berühmte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt. Die Iraner wollen jetzt frei werden von der blutigen Islamdiktatur und demokratisch das Schicksal ihres Landes bestimmen. Die Protestierenden von Köln legten großen Wert darauf, keiner bestimmten politischen oder religiösen Strömung zuzugehören.

Frauen mit Kopftuch waren jedenfalls unter den Demonstranten seltener als im üblichen Kölner Straßenbild – die absolute Ausnahme – und auch die Gruppe um die iranischen Kommunisten dominierte nicht die Kundgebung. Statt dessen in der großen Mehrzahl jener typische Mittelstand, Eliten und ihre Nachfahren, die vom muslimischen Mob Khomeinis vor 30 Jahren aus ihrer Heimat vertrieben wurden, und die hier bestens integriert qualifizierten Berufen nachgehen, jene Perser eben, die sich so deutlich von dem zu uns verschickten Prekariat analphabetischer Türken und Araber unterscheidet.



In einem Flugblatt berichten die Perser von den derzeitigen Zuständen im Iran:

Das alltägliche Zivilleben ist am Wochenende besonders in der Hauptstadt völlig unmöglich geworden. In jedem Stadtteil – besonders im Zentrum – patroullieren teils schwer bewaffnete Einheiten. Doch der Kampf wird nicht ausschließlich zwischen Staatsapparat und Oppositionellen ausgeragen. Seit Ahmadinedschads Propagandarede und der anschließenden Siegesdemonstration durch die Brennpunkte der Innenstadt am Sonntag, bewaffnen sich zivile AnhängerInnen Ahmadinedschads mit Schlagstöcken und gehen höchstpersönlich gegen die DemonstrantInnen vor; in diesem Zeichen wurde das Studentenwohnheim Teherans schwer demoliert und in Brand gesetzt.



Die iranische Opposition verfügt inzwischen über eine Namensliste mit 20 getöteten Protestierern. Auch in Köln

blieben die Iraner, die für die Demokratisierung ihrer Heimat demonstrierten, weitgehend unter sich. Die übliche rotgrüne Demoschickeria Kölns war weit und breit nicht zu sehen, von linksfaschistischen Friedhofsschändern, die gerne mit Fahnen der von der iranischen Diktatur geförderten Terrororganisation Hisbollah durch Köln-Kalk krakeelen ganz zu schweigen.



Solana auf Freundschaftsbesuch bei der Hisbollah



EU-„Außenminister“ Javier Solana (Foto l.) [traf sich gestern in Beirut mit Hajj Hassan](#) (r.), einem Abgeordneten der radikal-islamischen und vom Iran unterstützten Terrororganisation Hisbollah – just am selben Tag, an dem Holocaust-Leugner und Israel-Hasser Ahmadinedschad im Iran als Präsident [nach gewisser Zählweise](#) „wiedergewählt“ wurde.

Israel ist überrascht, dass ein führender Vertreter der EU offiziell mit einem anti-israelischen Terrorfunktionär verhandelt und erwartet umgehend eine Erklärung. Ein Treffen dieser Art mit der Hisbollah, die von der EU selber eigentlich einmal als Verbrecherorganisation eingestuft wurde, hatte es bisher noch nie gegeben. Doch die EU streckt jetzt eindeutig ihre Fühler in Richtung Zusammenarbeit mit der libanesischen „Partei-Allahs“ aus. Auch Großbritannien pflegte in den letzten Monaten bereits fleißig Kontakte. Die EU-Unterstützung brächte indirekt auch dem Iran mehr Rückendeckung.

Dass sowohl dem Iran als auch der Hisbollah primär an der Vernichtung Israels gelegen ist, scheint die EU dabei nicht zu stören. Es verwundert daher nicht weiter, dass Solana auch mit den Palästinensern das Gespräch sucht. Für die Anschuldigungen Hassans gegenüber Israel, die Israelis würden den libanesischen Luftraum überwachen, hatte Solana ein offenes Ohr, auch dafür, dass die Hisbollah nicht entwaffnet werden will. Die auf israelische Städte gerichteten Raketenabschuss-Stationen würden sie nicht aufgeben wollen – sie dienten „zur Verteidigung“ gegen Israel.

(Spürnase: Moderater Taliban)



Der Iran und die Nazis

☒ Einen interessanten Abend verspricht ein Vortrag des Österreicher Martin Tröger heute in Leipzig. Dabei geht es um das freundschaftliche Verhältnis zwischen radikalen Muslimen, etwa den Machthabern im Iran, und deutschen Rechtsextremisten. Ein Thema, das in der öffentlichen Wahrnehmung immer noch nicht präsent ist, weswegen Islamkritik oft mit einer undemokratischen, rechtsextremen Geisteshaltung in Zusammenhang gebracht wird. Die tatsächlichen Verhältnisse sind, wie so oft, etwas verwickelter.

Die Veranstaltung, die von der [Initiative Stop The Bomb](#) unterstützt wird, beginnt heute abend um 19 Uhr 30 im Conne Island, Koburgerstraße 3 in Leipzig.

Bereits gestern hat Martin Kröger bei einer Veranstaltung in Berlin gesprochen. Leider konnten wir nicht rechtzeitig auf diesen Termin hinweisen, wir bitten um Entschuldigung. Hier ist der ausführliche Ankündigungstext der gestrigen Veranstaltung:

Bei den Debatten um „Islamophobie“ und rechte Bürgerproteste gegen „Islamisierung“ und Moscheebauten gerät oft aus dem Blick, dass das Verhältnis zwischen rechten und nazistischen Gruppen und Islamist_innen keineswegs so eindeutig und immer feindlich ist. Aus der rassistischen Feindschaft gegen muslimische Migrant_innen kann keine Feindschaft gegenüber dem Islam abgeleitet werden, das zeigt schon die unverhohlene Bewunderung für islamistische Organisationen wie Hamas und Hisbollah durch NPD-Funktionär_innen und andere Nazis.

Während Nazideutschland auch unter Muslimen weltweit Bewunderung und Unterstützung bis hin zur militärischen Kollaboration zukam, ist seit 30 Jahren die Islamische Republik Iran die Macht, der sich immer mehr rechtsextreme Kräfte aus aller Welt zuwenden. Die islamische Revolution im

Iran hat schon von Beginn an Bewunderung und Unterstützung aus prominenten Nazikreisen erhalten. Zahlreiche Nazis und Holocaust-Leugner_innen haben seit 1979 im Iran Zuflucht vor juristischer Verfolgung gefunden und geben in Teheran Schriften heraus. Spätestens seit der Holocaust-Leugner-Konferenz 2006 in Teheran und den Vernichtungsdrohungen gegen Israel ist der iranische Präsident Ahmadinejad ein Held in Internetforen wie Altermedia. Bei den weltweiten Demonstrationen gegen den Gaza-Krieg marschierten vielerorts Islamist_innen zusammen mit Nazis – und auch „linken“ Antiimperialist_innen. Grundlage solcher Zusammenarbeit von Nazis und Islamist_innen ist das in weiten Teilen ähnliche Weltbild, also neben den autoritären und menschenfeindlichen Vorstellungen von Staat und Gesellschaft besonders die gemeinsame Feindschaft gegen Juden, Israel und die USA.

Der Vortrag soll deutlich machen, warum es gerade in Deutschland eine antifaschistische Notwendigkeit ist, Islamismus und besonders das im Iran seit 1979 wütende Regime in die theoretische wie praktische Kritik mit einzubeziehen. Schließlich pflegt Deutschland noch immer enge politische, ökonomische und kulturelle Beziehungen zum iranischen Regime, und auch in Berlin gibt es zahlreiche islamistische Kräfte; als Beispiel sei nur die Iran- und Hisbollah-nahe Imam Reza Moschee in der Reuterstraße genannt.

Die Veranstaltung dient zugleich der Mobilisierung zur Kundgebung „Kein Dialog mit dem mörderischen und antisemitischen iranischen Regime! Solidarität mit Israel!“ gegen einen Auftritt des iranischen Botschafters in Leipzig am 16.6.2009. Weitere Informationen dazu auf www.stopthebomb.net

Martin Tröger ist Mitarbeiter im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (www.doew.at) in Wien.

(Spürnase: Renate, Foto: Der Kölner [Rechtsextremist Dr.](#)

Israel: Bunkertraining an der Heimfront



Israel übt den Notfall. In der weitaus größten Luftschutzkellerübung seit Jahrzehnten ist die gesamte israelische Bevölkerung vom nördlichen Golan bis zum südlichen Negev aufgefordert, morgen Dienstag sobald die Warnsirenen heulen, sofort in den nächsten Bunker zu rennen.

Nahe dem Gazastreifen haben die Leute dafür nur 15 bis 60 Sekunden Zeit. In Tel Aviv sind es zwei Minuten, in Jerusalem, beim Kernkraftwerk Dimona und in der Negevwüste drei Minuten. Offiziell dient die Übung als „normale Sicherheitsmaßnahme“ zum Schutz der Zivilbevölkerung vor allen möglichen „Notsituationen“. Offenbar hat man jedoch eine ganz spezifische Situation im Blick.

Die Armee ist angewiesen, [keine Panik zu verbreiten](#):

„Das ist reine Routine“, sagt auf Anfrage ein Militärsprecher. Jedes Jahr werde eine solche Übung abgehalten. Auf die Frage, wieso denn niemand von solchen Übungen in den vergangenen Jahrzehnten gehört habe, gestand der Soldat, dass diesmal der Umfang der Übung besonders groß

sei und die ganze Bevölkerung Israels von den Golanhöhen im Norden und bis Eilat am Roten Meer im Süden umfasse. „Als Schüler haben wir immer wieder mal geprobt, so schnell wie möglich die Luftschutzkeller aufzusuchen“, erinnert er sich. Wieso diesmal im ganzen Land geprobt wird, konnte er nicht sagen.

Dennoch sollen alle die Übung ernst nehmen und kooperieren:

Generalmajor Yair Golan forderte in einer Pressemitteilung die ganze Öffentlichkeit auf, zu kooperieren und sich an der Übung zu beteiligen: „Es ist wichtig, dass jeder Zivilist, jede Institution und jeder Arbeitsplatz ernsthaft probt, um unsere Bereitschaft und nationale Abwehrkraft zu verbessern.“

Seit Tagen werden die Israelis per Rundfunk und Fernsehen aufgefordert, einen Schutzraum auszuwählen und vorzubereiten, um ihn beim Heulen der Sirenen aufzusuchen. Auf zwei Fernsehkanälen ist eine besondere Unterrichtung der Kinder am Dienstag geplant.

Obgleich offiziell weder die Möglichkeit erneuter Raketenangriffe durch die Hisbollah im Libanon noch die Hamas im Gazastreifen oder gar die allgemeine Angst vor einer iranischen Atombombe erwähnt wird, ist klar, dass das israelische Militär mit dieser umfassenden „Routineübung“ auch den Ernstfall eines Krieges proben lässt.

Solche militärischen Anweisungen gelten übrigens auch für Touristen. Sie würden im Ernstfall eines Krieges ausgeflogen und müssten bei einer akuten Notsituation mit in die Bunker.

Auf der [Webseite der IDF](#) und speziell auf der [Bunkertrainings-Webseite der Armee](#) wird umfassend über die „nationale Heimfrontübung“ informiert.

Anti-Terror-Gesetz verabschiedet

✘ Von der Grundidee richtig scheint ein neues Antiterrorgesetz, das jetzt von der Regierungskoalition gegen den erbitterten Widerstand von SED und Grünen verabschiedet wurde. Endlich soll es möglich werden, schon in der Phase der Vorbereitung von Terroranschlägen gegen Terroristen vorzugehen. Eine Einbuße an Liberalität, die als Preis für die Masseneinwanderung verfassungsfeindlicher Moslems in unsere Gesellschaft zu zahlen ist. Bedenken kommen aber auch von der CSU, die an der Praxistauglichkeit des Gesetzes zweifelt. Zu einfach könne sich ein Beschuldigter herausreden, heißt es aus Bayern.

Die [WELT berichtet](#):

Mit schärferen Gesetzen können Terroristen und Sympathisanten künftig schon vor Begehung einer Tat bestraft werden. Der Aufenthalt in Terrorcamps und die Anleitung zu Gewalttaten im Internet kann ihnen zehn Jahren Strafe einbringen.

Entsprechende Gesetze verabschiedete am Donnerstag der Bundestag. Eine neue Kronzeugenregelung soll zudem den Zugang zu Terror-Kreisen ermöglichen. (...)

Mit den Anti-Terror-Gesetzen reagiere die Bundesregierung auf „neue Organisationsformen des Terrorismus“, erklärte Justizministerin Brigitte Zypries. Künftig könne beispielsweise bestraft werden, wer sich eine Anleitung zum Bombenbau im Internet besorge.

Die SPD-Politikerin betonte aber auch, dass es sich um die Vorbereitung schwerer staatsgefährdender Straftaten handeln

müsse, damit das Gesetz greife. Der CDU-Politiker Siegfried Kauder sprach von einer Gesetzgebung mit Augenmaß, die die Sicherheitsstruktur Deutschlands verbessere.

Der Aufschrei der üblichen Verdächtigen ließ nicht auf sich warten. Wer selber, [wie Ulla Jelpke von der SED](#), mit den Spießgesellen der Hisbollah unter der Terroristenfahne gegen das Existenzrecht Israels öffentlich demonstriert und sich auch sonst stets für das Recht auf Terror stark macht, kann sich mit der moderaten Gegenwehr der Demokratie sicher nicht anfreunden:

Die Linken-Abgeordnete Ulla Jelpke sprach von einer „Gesinnungsjustiz“, die der Schnüffelei Vorschub leiste. Ob ein Wecker gekauft worden sei, um sich wecken zu lassen oder den Zeitzünder einer Bombe zu basteln, entscheide sich demnächst an der politischen Gesinnung, warf sie der Regierung vor: „Die vorliegenden Gesetzentwürfe taugen nicht zu mehr Sicherheit.“

Der Grünen-Politiker Jerzy Montag sagte, die neuen Anti-Terror-Gesetze seien Ausdruck einer „Sicherheitsphobie“. Es bestehe die Gefahr, dass Errungenschaften aufs Spiel gesetzt würden, die die Bürger bisher vor der Willkür des Staates geschützt hätten. „In Deutschland soll kein Mensch für seine Absichten bestraft werden“, forderte Montag.

Aus Bayern gab es dagegen Kritik aus der anderen Richtung. [BILD berichtet](#):

Die bayerische Justizministerin Beate Merk (CSU) sieht die geplante Verschärfung der Anti-Terror-Gesetzgebung als nicht ausreichend an. Nach einem Beschluss des Bundestages vom Donnerstag droht künftig eine Gefängnisstrafe von bis zu zehn Jahren, wenn sich ein Täter in einem Terrorcamp ausbilden lässt. Merk kritisierte das mit den Stimmen der großen Koalition verabschiedete Gesetz, weil sich die Verdächtigen

mit Schutzbehauptungen herausreden könnten.

Auch wenn man bei der derzeitigen Verfassung der deutschen Demokratie jede staatliche Machterweiterung mit der gebotenen Skepsis betrachten muss – schließlich ist es in Deutschland nicht mehr unvorstellbar, dass der Staat und seine rechtlichen Mittel wieder einmal in die falschen Hände gerät – waren die Gesetze bitter nötig. Freiheit und Demokratie funktionieren nur, wenn sie vom Konsens einer übergroßen Mehrheit der Bevölkerung getragen und verteidigt werden. In dem Maße, in dem dieser Konsens durch Zuwanderung nicht demokratiefähiger Moslems in die Defensive gerät, werden sich alle zur Verhinderung von noch Schlimmeren mit Einschränkungen abfinden müssen. In der multikulturellen Gesellschaft wird Freiheit zum Luxus. Man kann sie sich nicht mehr uneingeschränkt leisten.

Berlin: Eldorado für gewaltbereite Moslems



Das konsequente Wegschauen unserer „Eliten“ (Foto: Berlins Innensenator Ehrhart Körting) und Ignorieren bedrohlicher Entwicklungen bleibt nicht folgenlos: Die Zahl gewaltbereiter Moslems ist im Vorjahr gegenüber 2007 in der Hauptstadt um mehr als ein Drittel gestiegen. Das geht aus dem

Verfassungsschutzbericht des Landes hervor. Berlin ist mit dieser Entwicklung einsamer Spitzenreiter in Deutschland.

Die [Berliner Morgenpost](#) berichtet:

Offenbar konzentrieren sich die Terroristen zunehmend auf die deutsche Hauptstadt, denn in den anderen Bundesländern ist die Zahl der gewaltorientierten Islamisten insgesamt lediglich um 50 auf 2950 gestiegen. Größte Gruppe ist der Berliner Arm der Hisbollah mit 180 Mitgliedern, während die Hamas-Organisation in Berlin auf 50 Mitglieder geschätzt wird. 100 Personen stark soll die Gruppe der Hizb ut-Tahrir sein. Insgesamt sollen in der Hauptstadt etwa 3000 Islamisten leben, die in der Mehrheit aber Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung ablehnen

Na, dann können wir uns ja beruhigt zurücklehnen.

Als außerordentlich erfolgreich hat sich – sicher sehr zum Kummer unermüdlicher Mahner – der Kampf gegen Rechts™ erwiesen. Die rechte Szene schrumpft [trotz neuer Zählweise](#) nicht nur, sondern neigt auch wenig zur Gewalt:

Der Rechtsextremismus hat aus Sicht der Verfassungsschützer im vergangenen Jahr in Berlin an Bedeutung verloren. Die Zahl der Rechtsextremen sei 2008 auf etwa 1780 Personen (2007: 2010) zurückgegangen. Das habe vor allem damit zu tun, dass die Mitgliedzahl der rechtsextremen Parteien von 810 auf 630 gesunken sei. (..) Die rechte Szene ist laut Zahlen des Verfassungsschutzes weniger durch Gewalttaten aufgefallen. Die Straftaten sanken 2008 um 13 Fälle gegenüber 2007 auf 71 Delikte.

Ganz anders stellt sich dagegen die linksextreme Szene auf:

Die Bedeutung der linksextremistischen Organisationen ist etwa gleich geblieben. Der Verfassungsschutz zählt wieder etwa 2200 Personen zu dem Spektrum. Dabei ist trotz

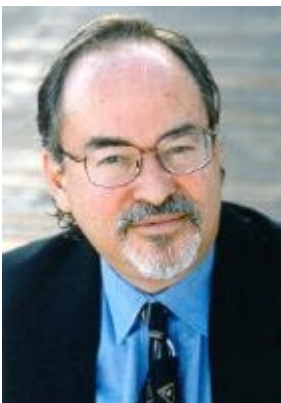
Brandanschlägen auf Autos, Wohnungen und Geschäftsräumen nach Angaben der Verfassungsschutzbehörde die Zahl der gewaltbereiten Linksextremen von 1160 (2007) auf 1100 Personen im vergangenen Jahr leicht zurückgegangen.

Gott sei Dank wissen unsere „Eliten“, worauf es ankommt: Auf den Kampf gegen Rechts™!

(Spürnasen: Denker, Yael, Anke und Undercover0815)



Islam-Aufklärung an US-Unis



Konservative Aktivisten in den USA versuchen [seit 2007](#), den Terrorismus im Inneren zu bekämpfen, indem sie an Universitäten auf die Problematik des islamischen Faschismus aufmerksam machen, dessen Vertreter im Namen Allahs zum Hass gegen die USA aufhetzen. Zu jenen gehören Mahmud Ahmadinedschad, die Hisbollah wie auch die Taliban. Um die Bekämpfung dieser Strategien geht es letztlich auch im „Krieg gegen den Terror“, wie [David Horowitz](#) (Foto) auf Fox-News

erklärt.

Gegen die Aktionen der Konservativen wandte sich insbesondere die „antiamerikanische Linke“ gemeinsam mit den islamischen Studentenorganisationen, die jede Islamkritik als rassistisch zurückweisen, obwohl die Organisatoren sich gerade um eine Verbesserung der Menschenrechtssituation der Muslime eingesetzt hatten.

Hier ein Bericht von Fox-News:



Avigdor Lieberman im Interview mit der FR



Israels in Europa sehr umstrittener Außenminister Avigdor Lieberman (Foto) sprach [im Interview mit der FR](#) über den Friedensprozess mit den Palästinensern, die nukleare Bedrohung durch den Iran und über die Beziehungen Israels zur Europäischen Union. Liebermann ist nicht gegen

eine Zweistaatenlösung, sondern verfolgt in den Bestrebungen dafür einen anderen, pragmatischeren Ansatz als seine Vorgänger. Sein Image ist ihm dabei Zweitrangig. Ihm geht es um tragfähige Pläne für die Zukunft.

Aus seinen Statements im Folgenden ein paar Auszüge:

Wir hatten Regierungen, die aus politischen Tauben bestanden. ... Trotzdem ist der Friedensprozess blockiert. Daher helfen uns die bisher gegebenen, vereinfachenden Antworten nicht weiter. ... Der politische Prozess ist nicht vorrangig der Schlüssel für eine dauerhafte Friedenslösung. Es müssen zuerst einige wichtige Dinge für beide Völker erreicht werden, sonst würde auch der von uns angestrebte politische Prozess scheitern. Das wichtigste für uns ist Sicherheit, das wichtigste für die Palästinenser ist der Aufbau der Wirtschaft. Das muss in der ersten Stufe erreicht werden, erst danach können wir zu einer politischen Lösung kommen.

Bis heute hat das Konzept „Land für Frieden“ keine wirklichen Ergebnisse gebracht. Was war das Ergebnis aller Rückzüge? Doch nur: Hisbollah und Raketen. „Land für Frieden“ allein funktioniert also nicht. ... Es gibt nicht nur eine Ursache für das Problem, sondern viele. Man darf nicht nur einen Punkt herausgreifen – man muss gleichzeitig in viele Richtungen gehen. ... Wir haben weit ernstere Probleme als mein Image. ... Image kann kein Argument in einer ernsthafte Politik sein.

Was das iranische Atomprogramm betrifft, muss klar sein, dass, sollte der Iran Atommacht werden, es in der Region zu einem schrecklichen nuklearen Rüstungswettlauf kommen würde. Der beste Weg, das Atomprogramm zu stoppen, sind wirklich harte, sehr harte Sanktionen. Die UN-Resolutionen sind nicht genug; daher müssen der Sicherheitsrat und die EU viel wirksamere und härtere Sanktionen verhängen. Das hat bei Libyen funktioniert. ... Wir sprechen über keinen Militärschlag, Israel kann ein Problem, das ein Problem der ganzen Welt ist, nicht militärisch lösen.

Natürlich gibt es Probleme – doch Israel ist die einzige Demokratie in Nahost. Europa sollte auch objektiver gegenüber Israel sein: Wir sind ein kleines Land, in dieser Lage ist es sehr schwierig, zu überleben und die Demokratie zu bewahren. Doch wir tun unser Bestes.

Gutmensch übernehme hier und erkläre nun anhand der obigen Aussagen, warum Avigdor Lieberman, der nicht nur reden will, sondern handfeste, praxisorientierte Ideen für einen möglichen Frieden im nahen Osten hat, ein so schlimmer „Extremist“ sein soll.

(Spürnase: Vivaeuropa)

Judenhass im Islam



Was der iranische Präsident Ahmadinedschad in Genf vom Stapel gelassen hat, ist Wasser auf die Mühle eines jeden Islamkritikers. Der fanatische, unsachliche, realitätsferne und pauschale Judenhas hat offensichtlich keineswegs mit dem Selbstmord Adolf Hitlers geendet, sondern lebt in vielen islamischen Ländern weiter.

Der folgende Film zeigt, wie sehr sich die Bilder von SS-Aufmärschen mit denen der Hizbollah gleichen. Selbst in der

Türkei war Hitlers antisemitische Hetzschrift „Mein Kampf“ noch im Jahr 2005 auf Platz drei der Bestsellerliste, bevor der Verkauf durch eine Initiative der Bayerischen Landesregierung gestoppt wurde. Die Leser erweisen sich als folgsame Schüler ihres großen pädophilen Propheten, denn schon ihm bereitete es bekanntlich ein besonderes Vergnügen, gefangene Juden köpfen zu lassen. Diese Ungläubigen waren nunmal zu intelligent, um seine absurde neugeschaffene „Religion“ zu akzeptieren, also wurden sie massakriert.

1400 Jahre später soll es den Israelis nicht anders ergehen. Ein Judenstaat darf in dem Denken eines Mohammedaners niemals auf muslimischem Boden, oder was man dafür hält, existieren. Daher braucht man sich auch keine Illusionen über dauerhafte Kompromisse in diesem Konflikt zu machen. Die „Endlösung“ im Sinne islamischer Fundamentalisten kann nur eine komplette Entfernung des israelischen Staates von der Landkarte des Nahen Ostens sein – so wie Israel schließlich auch in kaum einem Schulbuch der arabischen Welt verzeichnet ist. Fatal für uns Europäer ist, dass dieser monumentale Hass nun nach Europa importiert wird. Der [Antisemitismus unter europäischen Muslimen](#) wird immer stärker, je mehr sich die Anhänger dieser Ideologie in Europa vermehren und je länger sich das israelische Volk gegen den iranisch unterstützten Hamas-Hisbollah-Terror wehrt. Wir werden bei den vielen Demonstrationen auf unseren Straßen in diesen Konflikt hineingezogen, und wer auch nur annähernd über die islamische Ideologie Bescheid weiß, sollte sich klar auf die Seite Israels stellen. Dieses Land steht an vorderster Front gegen islamische Unterdrückung, es ist Symbol für Demokratie gegen Religionsdiktatur, für Meinungsfreiheit gegen ideologischen Terror, für anregende Vielfalt gegen erdrückende Monokultur und für Lebensfreude gegen Todessehnsucht.

Ein Film von byzanz:

(Karikatur: [Wiedenroth](#))



Schweizer Kirchen für ein bisschen Hisbollah



Das "Forum für Menschenrechte in Israel und Palästina" in der Schweiz, dem Amnesty International Schweiz, Caritas Schweiz, der Christlicher Friedensdienst, die Gesellschaft Schweiz-Palästina, das Hilfswerk der evangelischen Schweizer Kirchen HEKS, die Fachstelle OeME der Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn, die Internationale Zusammenarbeit des CVJM Schweiz und die Palästina-Solidarität Region Basel angehören, unterstützt die Schweizer Regierung darin, sich aktiv in die Durban II-Konferenz einzubringen und [begrüßt ausdrücklich](#) die antisemitische Abschlusserklärung der Durban I-Konferenz. Schließlich sind wir alle „ein bisschen Hisbollah.“

Das "Forum für Menschenrechte in Israel/Palästina" versteht die andauernde [Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung](#) als Konsequenz eines Systems, das auch im völkerrechtlichen Sinn Züge von Apartheid trägt, wie sie an früheren Anti-

Rassismus-Konferenzen der UNO für das Apartheidregime in Südafrika definiert worden sind:

“Wir sind alle Hisbollah, wir sind alle Hamas... Die Welt hat das Naziregime gestoppt, die Welt hat Apartheid gestoppt, wir werden den Zionismus stoppen.“

Letztlich geht es auch [den christlichen Palästinenserfreunden](#) um die „Rückeroberung“ Palästinas und die Abschaffung des Staates Israel. Wenn christliche Organisationen schon die Sache Allahs (Hisbollah) vertreten, sind sie tatsächlich alle ein wenig Hamas und haben von daher auch weniger Probleme mit Ahmadinedschad, dafür aber umso mehr mit dem Gott der Bibel, der das Volk Israel erwählt hat und den sie eigentlich vertreten sollten.

» Kontakt zu den Palästinenserfreunden: info@cf-d-ch.org

(Spürnase: Zahal)



Berlin: Demo für Menschenrechte



Morgen, am 1. April, ist der 30. Jahrestag der Machtergreifung des muslimischen Folterregimes im Iran. Aus diesem Anlass

findet in Berlin eine Demonstration statt: **17 Uhr, Hackescher Markt**. Einer der Redner wird der iranische Regimekritiker Javad Asadian sein.

In seiner Rede, die bei der *Achse des Guten* vorab veröffentlicht wurde, heißt es u.a.:

Kaum war Khomeini an der Macht, verlangte er die Durchsetzung der islamischen Vorschriften. Die Zwangverschleierung der Frauen war die erste Gewaltausübung der Mullahs. Naturgemäß war auch ein Frauenaufstand am 8. März 1979 die erste Protestbewegung gegen die Mullahherrschaft. Sie dauert bis heute ununterbrochen an. An die frauenfeindlichen Vorschriften reiht sich ein wirtschaftliches Desaster. Khomeini erklärte, dass die Wirtschaft den Eseln gehöre und das Ziel der Revolution darin bestehe, den Islam weltweit an die Macht zu bringen. Diese Einstellung machte das Land trotz Milliarden an Öl- und Erdgaseinnahmen zu einer düsteren Ruine aus Armut und Arbeitslosigkeit.

Irans Nahostpolitik bestimmt ein kurzer Satz Khomeinis: „Der Weg nach Jerusalem (Ghods) läuft durch Kerbala.“ Er kostete Millionen Iraker und Iraner während des achtjährigen Kriegs das Leben. Seitdem verfolgt das Regime die Vernichtung Israels als strategisches Ziel, um dabei die Vereinigung der islamischen Welt unter iranischer Führung als Vorstufe zur Errichtung der islamischen Weltherrschaft. Um dieses Endziel zu erreichen, versuchen die Mullahs mit allen Mitteln, sich atomar aufzurüsten. Für den Bau der Bombe konnte das Regime bis heute mit Lügen, Tricks, Betrügen, Täuschung und List Zeit gewinnen, für die Verhinderung eines nuklearen Iran bleibt vielleicht nur noch ein Jahr. Der neue amerikanische Präsident will es nun mit einem „Dialog“ ohne Vorbedingungen versuchen. Was er davon hält, hat Ayatollah Dr. Mohammad Bagher Kharazi, Chef der iranischen Hisbollah, am 25. März 2009 treffend zum Ausdruck gebraucht: „Wenn wir die Atombombe gebaut haben, werden wir Verhandlungen mit den Amerikanern führen.“ Obamas Politik wird den Mullahs Zeit verschaffen und

die Welt einer apokalyptischen Gefahr einen weitem Schritt näher bringen.

Den Wortlaut der ganzen Rede [kann man hier nachlesen](#). Es wäre schön, wenn zahlreiche PI-Leser aus Berlin die Demonstration unterstützen würden und freuen uns auf Ihre Berichte und Fotos!

(Spürnase: Mozartkugel)



Der Iran will ohne Bombe nicht „verhandeln“



Gemäß Aussagen des Generalsekretärs der iranischen Hisbollah, Ayatollah Seyyed Mohammad Baqer Kharazi (Foto), ist der Iran erst dann bereit, in einen DiaLÜG mit den USA zu treten, [sobald er im Besitz der Atombombe sei](#). Der Ayatollah meint: „Wenn es nicht erlaubt ist, Atombomben zu haben, dann darf man auch keine Verbindungen (Beziehung) haben. Und wenn wir Verbindungen (Beziehungen) haben müssen,

dann brauchen wir auch eine Atombombe.“

Der Iran braucht demnach erst die nukleare Drohpotenz, bevor man sich dem Westen zu stellen traut. Doch auch diese Ankündigung könnte eine Täuschung sein, um Zeit zu schinden, denn nach israelischer Einschätzung, ist der Iran theoretisch schon jetzt in der Lage, Atomwaffen herzustellen.

Das geistliche Oberhaupt des Iran, Ajatolla Ali Khamenei, ist so oder so nur zu Gesprächen mit den USA geneigt, wenn diese die seit der islamischen Revolution bestehenden Sanktionen gegen den Iran aufheben und „das zionistische Regime“ nicht mehr unterstützen – was hoffentlich nie eintreffen wird.

Radikale Moslems dürfen in Berlin Moschee bauen



Und wieder hat ein Gericht zugunsten von Verfassungsfeinden und gegen die Demokratie entschieden. Das Berliner Verwaltungsgericht erlaubt der radikal-islamischen, der Hisbollah nahe stehenden, Gruppierung „Imam Reza“, in der Neuköllner Reuterstraße eine [Moschee zu errichten](#).

Die Richter stellten fest, dass die Wohnruhe der Anwohner nicht gestört wird.

Das Berliner Verwaltungsgericht hat ein folgenschweres Urteil

gefällt. Es erlaubt der muslimischen Gruppe „Imam Reza“ den Bau einer großen Moschee in der Neuköllner Reuterstraße. Sowohl der Neuköllner Bürgermeister Buschkowsky (SPD), als auch die stellvertretende Bürgermeisterin Vogelsang (CDU) hatten versucht, diesen Bau zu verhindern. Buschkowsky geht davon aus, dass Imam Reza eine demokratiefeindliche Vereinigung ist, die den islamischen Gottesstaat herbeiführen will. Vogelsang berichtet von „antisemitischer Hetze“ aus dem Verein.

Die Gruppe Imam Reza steht offenbar der libanesischen Terror-Organisation „Hisbollah“ nahe. Ihre Anhänger marschieren am „Al-Quds-Tag“ alljährlich über Berlins Straßen. An diesem vom iranischen Regime erfundenen Kampftag werden weltweit Hass-Paraden gegen Israel abgehalten.

Das Verwaltungsgericht hat alle diese Argumente außer Acht gelassen und nur nach dem Baurecht geurteilt. Es hat geprüft, ob eine Imam-Reza-Moschee in der Reuterstraße die Wohnruhe der Anwohner stören würde und kam zu dem Schluss, es würde sie nicht stören, da die Moschee um 11 Uhr öffnet und daher das laute Morgengebet entfällt.

Vielleicht ist es richtig, dass sich das Gericht streng auf seine Befugnisse zurückzieht. Keinesfalls aber können wir in Berlin mutmaßlichen Anhängern von Terroristen erlauben, eine Moschee zu bauen. Das darf überhaupt nicht in Frage kommen. Das geht wirklich zu weit! Ich könnte es auch nicht ertragen, wenn es jetzt wieder heißt: „Der Rechtsweg ist erschöpft.“ Dann soll das Gesetz geändert werden. Wir werden uns wohl noch dagegen wehren dürfen, dass Anhänger von gefährlichen Gotteskriegerern, die im Nahen Osten ihr Unwesen treiben, in Neukölln freie Bahn bekommen.

„Die Demokratie ist nur der Zug auf den wir aufspringen, die Moscheen unsere Kasernen, die Minarette unsere Speere, die Gläubigen unsere Soldaten.“ (Recep Tayyip Erdogan)

(Spürnase: Juris P.)



„Wir Christen sind aufgefordert, Israel zu trösten“



Die von der [PBC](#) veranstaltete Pro Israel Kundgebung am 31. Januar 2009 auf dem Schwäbisch Gmünder Marktplatz (siehe unser [Vorbericht](#)) wurde mit dem [Schofarhorn](#) begonnen. Der Psalm 95, 1-7 wurde auf hebräisch, englisch und deutsch von Markus Grammel, Landesvorsitzender der PBC Baden-Württemberg, über die Veranstaltung ausgerufen. Nach Gebet und Lobpreis übernahm der Ehrenvorsitzende und Gründer der PBC, Gerhard Heinzmann (Foto) vor 200 Teilnehmern das Wort.

Das Thema war Israel aus Sicht der Bibel, das auserwählte Volk, die aktuelle Situation und die Zukunft Israels. Der Hass

der Welt gegen Israel und die Haltung der Feinde Israels. Die Botschaft war gewaltig. Im Anschluß rief Gerhard Heinzmann die anwesenden Pastoren zum Gebet für Israel, Deutschland, Schwäbisch Gmünd usw. auf. Unter anderem erhefte eine Jüdin ihr Gebet. Eine gewaltige Atmosphäre durchdrang den Marktplatz durch die Einheit im Gebet vor Gott. Weitere Lobpreislieder bewegten die kalten Füße der Anwesenden zum tanzen. Als Abschluss erschall die Hymne Israels, wobei die blau/weißen Fahnen in Respekt gegenüber Israel erhoben wurden. Unter den Teilnehmern befanden sich etliche aus Karlsruhe, Freudenstadt, Mainz, Heilbronn, Landau und den umliegenden Städten Schwäbisch Gmünds. Es war eine friedvolle und ruhige Veranstaltung!

Auszüge der Rede von Gerhard Heinzmann:

Liebe Besucher und Teilnehmer!

Im Namen der Partei Bibeltreuer Christen begrüße ich alle angereisten Teilnehmer an dieser Kundgebung. Ich freue mich, dass so viele gekommen sind und selbst weite Wege nicht gescheut haben, um damit ihre Solidarität mit Israel zum Ausdruck zu bringen.

Seit Wochen finden in unserer Bundesrepublik landauf und landab die verschiedensten Kundgebungen pro und kontra Israel statt. Anlass war der Krieg in Gaza. Wir müssen leider bekennen, dass die Kundgebungen gegen Israel zahlenmäßig stärker und vor allem mit einer größeren Lautstärke stattfanden.

Wer die Fernsehbilder sah, konnte erkennen, dass an den Anti-Israeldemonstrationen weniger Einheimische, aber vor allem Migranten aus der islamischen Welt beteiligt waren, also aus jenen Ländern, in denen die Bewohner weniger demokratische Rechte genießen, als bei uns in Deutschland.

An dem Umstand, dass viele unserer ausländischen Mitbürger durch die Straßen unserer Städte zogen und ihren Unmut an dem

Kriegsgeschehen in Gaza äußerten, ist nichts auszusetzen. Ihnen sei es vergönnt in unserer Demokratie ihre Meinung frei zu äußern, was ihnen in ihrer Heimat von ihren Regierungen vielfach nicht erlaubt ist.

Worüber wir allerdings sehr besorgt sind ist die Tatsache, dass bei diesen Kundgebungen das Recht auf freie Meinungsäußerungen sehr strapaziert wurde. Für uns deutsche Bürger ist es eine Zumutung mit anzuhören, wie bei solchen Demonstrationen auf deutschen Straßen und Plätzen das Existenzrecht Israels bestritten wird. Unglaublich ist es, dass lautstark geschrieen wurde: „Tod für Israel“, „Tod den Juden“ u. a.

Leider überhören unsere Politiker und Sicherheitsorgane solche antiisraelischen und antisemitischen Hetzparolen und ermutigen dadurch noch die Feinde Israels, der einzigen Demokratie im Nahen Osten.

Aus unserer eigenen Geschichte und der Geschichte vieler Völker wissen wir, dass solch eine gehässige Geisteshaltung gegenüber Israel zuletzt in einer Katastrophe des Volkes führt, das sich so gegen Israel stellt. Denn noch immer gilt das Wort von Gott an Abraham, den Stammvater Israels: „Ich will segnen, die dich segnen, und verfluchen, die dich verfluchen!“ (1. Mose 12,3)

Wer immer im Laufe der Menschheitsgeschichte Israel angegriffen hat, bekam es mit dem lebendigen Gott, dem Schöpfer Himmels und der Erde, zu tun. Ob wir es wahrhaben wollen oder nicht, unser Gott und Vater unseres Herr Jesus Christus hat sich eben vor Jahrtausenden das Volk Israel auserwählt, um allen Völkern dieser Erde die Erkenntnis zu vermitteln, dass es nur einen Gott gibt.



(...) Genau wie es in früherer Zeit die Propheten ankündigten, wurde das jüdische Volk bis auf einen kleinen Rest aus seinem Land vertrieben und in alle Welt zerstreut. Doch gleichzeitig hatte Gott auch angekündigt, dass eine Zeit kommen würde, in der er die zerstreuten Kinder Israel aus allen Erdteilen sammeln und sie wieder in ihr Heimatland zurückbringen würde.

Und genau in dieser Zeit leben wir heute! Seit 1948 gibt es wieder einen Staat Israel. Seitdem kehrten Juden aus ca. 140 Ländern in das Land ihrer Vorfäter zurück. Jerusalem ist wieder die Hauptstadt des jüdischen Volkes und wird es auf Ewigkeit bleiben.

Ja, liebe Freunde, wir leben in der Zeit, von der die großen Propheten Israels redeten, schrieben und träumten! Wir dürfen miterleben wie Gottes Wort, Wort für Wort, vor unseren Augen in Erfüllung geht!

Leider berichtet uns auch die Bibel, dass für diese Zeit nach der teilweisen Rückkehr des jüdischen Volkes in ihr Land, die Nachbarvölker rings um Israel, Krieg gegen Israel führen werden.

So lebt der heutige Staat Israel seit seiner Gründung im Jahre 1948 im ständigen Kriegszustand mit seinen Nachbarn. Die arabischen Nachbarn haben insgesamt 640 mal mehr Land als das jüdische Volk. Israel ist auf der Weltkarte nur ein Strich. Doch diesen kleinen Landstrich am Ostufer des

Mittelmeers will man den Juden nicht gönnen, im Gegenteil, man führt ständig Krieg gegen Israel um Israel von der Landkarte zu löschen.

(...)

Das Land Israel ist nicht nur irgendein Land wie viele andere Länder, sondern Gottes Land. Viel, viele Male können wir in der Bibel lesen, dass Gott davon spricht Mein Land Israel und Mein Volk Israel. Und genau in Sein Land Israel führt Gott nun Sein Volk Israel zurück.

Und wie der Prophet Jeremia schreibt, bewahrt Gott Sein Volk. Er hat das jüdische Volk nach zweitausendjähriger Zerstreuung in aller Welt nicht in Sein Land Israel zurück geführt, um sie dort von der Hamas oder der Hisbollah oder sonst von irgendeiner gottlosen Macht vernichten zu lassen. Nein, so wie Gott Israel in all den zurückliegenden Kriegen vor einer zahlenmäßig überlegenen arabischen Streitmacht bewahrte, hat er auch im jüngsten GAZA-Krieg ganz offensichtlich Seine Hand über Sein Volk gehalten

Die rund 10.000 Raketen, die in den letzten acht Jahren von der Hamas aus dem Gazastreifen nach Israel gefeuert wurden, hatten, Gott sei es gedankt, eigentlich relativ wenig Schaden angerichtet. Wer wollte, konnte auch hier erkennen, dass Gott mit Israel ist und Er Sein Volk beschützt!

Im Internet sah ich ein Interview mit dem Bürgermeister der israelischen Stadt Sderot, auf die die meisten Raketen abgefeuert wurden. Der Bürgermeister bekannte ganz offen, dass Gott die Stadt und die Bürger vor schlimmeren Schäden bewahrt hatte.

Hier muss auch gesagt werden, dass die Regierung Israels für den Schutz seiner Bürger sorgt. Überall sind Schutzbunker für die Zivilbevölkerung eingerichtet, in die die israelische Bevölkerung fliehen konnte.

Im Gegensatz dazu hatten sich die Hamasfunktionäre in Gaza Bunker für ihren eigenen Schutz und dies vielfach unter Krankenhäuser und Schulen, gebaut, weil diese von Israel nicht bombardiert werden.

Die Zivilbevölkerung, Kinder und Frauen wurden dagegen von der Hamas oft als lebende Schutzschilde missbraucht. Obwohl Israels Kampf nicht gegen die Zivilbevölkerung, sondern gegen die Hamas-Terroristen gerichtet war, gab es leider viele zivile Opfer. In den Augen der Hamas werden dann diese unschuldigen Opfer als Märtyrer gefeiert, die sofort Eingang im Paradies finden.

Zusätzlich lassen sich eben auch in unserer verdorbenen Welt Bilder von toten Kindern und Frauen gut zu Propagandazwecken gegen Israel missbrauchen.

Hier muss klar und deutlich gesagt werden: Für die Opfer unter der Zivilbevölkerung ist nicht Israel, sondern allein die Hamas verantwortlich.

Liebe Freunde, zur Zeit herrscht ein brüchiger Waffenstillstand zwischen Israel und der Hamas. Wir alle sind erleichtert, dass wieder etwas friedlichere Bilder und Nachrichten zu uns gelangen. Es war die israelische Regierung, die diesen Waffenstillstand einseitig ausgerufen hat zu dem sich etwas später auch die Hamas bekannte.

Doch wie wird es weiter gehen? Bestimmt kommt es zu sog. Friedensverhandlungen. Man wird Israel zwingen, die Grenzen zum Gazastreifen zu öffnen. Damit bekommen potentielle Selbstmordattentäter wieder die Möglichkeit im Stammland Israels Bomben zu zünden.

Hier ist aber die Frage erlaubt, warum man nicht von der Grenzöffnung nach Ägypten spricht? Über diese Grenze könnten doch die Ölmilliardenschweren arabischen Brüder ihren Brüdern in Gaza „Milch und Honig“ zufließen lassen, sodass die Hamas kein Geld mehr aus Europa benötigen würde. Aber nein, man

wird Israel zu einer Teilung des Landes und der Stadt Jerusalem zwingen.

Und damit können wir heute schon sagen: Der nächste Krieg zwischen Israel und seinen feindlichen Nachbarn wird kommen. Zu groß ist der Hass der islamischen Welt und vieler anderer Staaten dieser Welt auf das jüdische Volk.

Da gibt es seit wenigen Jahren einen Herrn Achmedineschad, seines Zeichens Präsident des Iran, der immer wieder lautstark verkündet Israel zu vernichten. Er war und ist es, der die Hamas finanzierte und mit Waffen ausrüstete und bestimmt auch jetzt während der Waffenruhe die Hamas wieder mit Waffen beliefern wird. Nun bastelt er zusätzlich an einer Atombombe und wird bald Israel und den Rest der Welt damit bedrohen.

Was wird dann Israel machen? Keine Sorge: Israel wird auch weiterhin von Gott geschützt werden. So steht es schwarz auf weiß in der Bibel, im ewig gültigen Wort des lebendigen Gottes, z.B. im Propheten Zefania 3,15: „Der Herr, der König Israels, ist bei Dir, dass Du Dich vor keinem Unheil mehr fürchten musst!“ Darum rufen wir: „Israel du bist nicht allein!“

Im Buch der Bücher steht auch eine deutliche Warnung an alle Völker und Regierungen, die sich demnächst um eines angeblichen Friedens willen, aktiv an der Teilung des biblischen Landes Israel und Jerusalems beteiligen werden. (Sacharia 12 und Joel 4)

Zum biblischen Land Israel gehört eindeutig Judäa und Samaria, oder wie die Gegner Israel es immer nennen, Westbank oder die von „Israel besetzten Gebiete“. Tatsache ist aber, dass Israel gerade diese Gebiete, auf denen ein Staat Palästina“ errichtet werden soll, im Sechstagekrieg 1967 von jahrhunderte langer Fremdbesetzung befreit hat!

Tatsache ist, dass es in diesem Gebiet noch nie einen anderen

Staat gab. Tatsache ist auch, dass das Königreich Jordanien von 1948 bis 1967 gerade diese Gebiete illegal besetzt hielt. Nach dem Plan des früheren Völkerbundes bzw. der UNO sollte 1948 dieses Gebiet dem neu gegründeten Staat Israel zufallen, der sich gerade nach der schrecklichen Zeit des Holocaust in Europa formiert hat. Doch Jordanien und die arabischen Staaten entrissen dieses Gebiet dem jungen jüdischen Staat, obwohl es ursprünglich dem jüdischen Staat versprochen wurde. Somit hat in Wahrheit Jordanien dieses Gebiet von 1948 bis 1967 illegal besetzt. Doch darüber spricht die UNO nicht.

Ist Ihnen, liebe Zuhörer, bekannt, dass die UNO in den Jahren zwischen 1948 und 1967 von der Besatzungsmacht Jordanien die Rückgabe dieser widerrechtlich besetzten Gebiete an Israel verlangt hat? Nein, immer nur wird Israel angeklagt. Kenner haben festgestellt, dass rund 30% der Aktivitäten in der UNO sich um Israel, dieses kleine Land am östlichen Mittelmeer, drehen.

Man fragt sich unwillkürlich: Wo ist z.B. die UNO und die Völkergemeinschaft angesichts des grausamen Krieges im Kongo, der schon vier Millionen Tote gefordert hat? Wo ist die UNO in Darfurr oder in Sri Lanka?

So scheint es fast unausweichlich, dass die Völker dieser Welt unweigerlich in ihr Verderben steuern. Was dieses Verderben noch aufhalten könnte, wäre eine tiefe Buße und Umkehr zu dem lebendigen Gott im Himmel und nicht nur zu irgendeiner religiösen Vorstellungskraft.



Darum wollen wir, liebe Freunde, hier auf diesem Platz uns jetzt vor Gott im Gebet sammeln. Als Christen sind wir berufen für unsere Obrigkeiten, für unsere Politiker und Verantwortlichen in Staat und Gesellschaft zu beten. Wir wollen Gott um Vergebung bitten für die Verbrechen am jüdischen Volk, die aus diesem Lande ausgingen.

Wir wollen um Vergebung bitten, dass es wiederum möglich wurde, dass der Gott Abrahams, Isaaks und Israels und Sein Volk Israel auf deutschen Straßen und Plätzen in Verbindung mit den verschiedenen Antiisraeldemonstrationen der letzten Wochen gelästert und verhöhnt wurde.

Wir wollen für den weiteren Schutz Israels und der Bürger Jerusalems beten. In diesem Zusammenhang möchte ich besonders auf Psalm 122, 6 hinweisen und uns an die Mahnung des Propheten Jesaja in Kap. 40, 1-2 erinnern: „Tröstet, tröstet mein Volk, ...“

Wer ist hier aufgefordert Israel zu trösten? Wir Christen!!!

Wir wollen aber auch für alle arabischen Völker beten im Bewusstsein, dass JESUS CHRISTUS, der König der Juden auch für diese Nachkommen Abrahams gestorben ist. Wir wollen beten, dass ihr Hass gegen die Juden und damit indirekt ihr Hass auf den Gott der Bibel aus ihren Herzen genommen wird. Wir wollen beten für alle islamischen Länder und besonders

für die dort lebenden Christen, die oft unter schwerster Verfolgung leiden.

» Gmünder Tagespost: [Bibel als Programm](#) (in dem Artikel der Gmünder Tagespost ist fälschlicherweise von 50 Teilnehmern die Rede, in Wirklichkeit waren es – abgezählte – 200)



Körting: Hamas vereinsrechtlich verbieten



Das auf Berlins Straßen im Namen der Meinungsfreiheit für eine Organisation demonstriert werden darf, die den Staat Israel auslöschen will, findet Berlins Innensenator Körting unerträglich. [Wie berichtet](#) scheiterte die Berliner Innenverwaltung mit dem Versuch, Bekenntnisse zur Hamas während der „Friedensdemo“ zu verbieten. Körting will daher eine [Initiative zum Hamas-Verbot](#) ergreifen.

Berlins Innensenator Ehrhart Körting (SPD) hat ein Verbot der

radikalislamischen Palästinenser-Organisation Hamas in Deutschland gefordert. Wenn ein Gericht aus Gründen der Meinungsfreiheit bei Demonstrationen Werbung für eine «nachweisbar verfassungswidrige und antisemitische Organisation» zulasse, müssten andere Wege beschritten werden, sagte Körting am Samstag der Nachrichtenagentur ddp. Er werde deshalb Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) bitten, zu prüfen, ob die Hamas vereinsrechtlich verboten werden könne.

Das Oberverwaltungsgericht (OVG) Berlin-Brandenburg hatte zuvor eine Beschwerde der Berliner Polizei gegen eine Entscheidung der Vorinstanz als unbegründet abgewiesen. Die Versammlungsbehörde hatte bei einer für den Nachmittag geplanten Demonstration gegen den Krieg im Gaza-Streifen Werbung für die Hamas untersagt. Dagegen legten die Veranstalter Widerspruch ein und bekamen vor dem Verwaltungsgericht mit Einschränkungen recht. Die dagegen gerichtete Beschwerde der Polizei blieb erfolglos.

Körting kritisierte die Gerichtsentscheidung als «ein Stück falsche Liberalität», aber sie sei natürlich Grundlage des Handelns.

Die Richtung stimmt.

[Laut TAGESSPIEGEL](#) war die Stimmung auf der Friedensdemo sehr aggressiv.

Bei einer Demonstration gegen den israelischen Militäreinsatz im Gazastreifen ist es am Sonnabend in Mitte zu Auseinandersetzungen zwischen Protestierern und der Polizei gekommen. Als Demonstranten Steine und Flaschen auf Polizisten warfen, gab es Rangeleien, rund ein Dutzend Teilnehmer wurden festgenommen. Nach Schätzungen protestierten mehr als 6000 Menschen gegen den Krieg, darunter vor allem Palästinenser und Angehörige linker Gruppen.

Die Stimmung war von Anfang an aggressiv, immer wieder waren „ Hamas“-Rufe zu hören. Die radikalislamische Organisation beherrscht den Gazastreifen. Mehrere Teilnehmer wurden festgenommen, weil sie verbotene Parolen riefen und Angriffe auf israelische Politiker forderten. Über Lautsprecher wurde immer wieder zur Gewalt gegen Israel aufgerufen, es wurde eine israelische Fahne verbrannt, ein Transparent lautete: „Bombardiert Tel Aviv“. Neben Fahnen linker Gruppen wie DKP, MLPD und Die Linke waren vor allem Fahnen der Hamas und der Hisbollah zu sehen, die das Existenzrecht Israels leugnen.

„Von Frieden schaffen ohne Waffen“ redet in Zeiten der [Hamas](#) niemand der Besorgten und Empörten mehr...

(Spürnase: Phygos)